



Nach der Fukushima-Katastrophe protestierten 2011 bundesweit die Menschen für den Atomausstieg - wie hier in München. Foto: Andreas Bock

Der Kampf um die Energiewende geht weiter



Gastbeitrag von

Jochen Stay

Sprecher von
.ausgestrahlt

Ja, ich habe damit gerechnet, dass die Atomlobby auch nach Fukushima nicht aufgibt und dass es irgendwann die nächste Debatte über Laufzeitverlängerungen der noch laufenden neun Reaktoren in Deutschland geben wird. Aber dass es so schnell geht, dass schon ein gutes Jahr nach dem Beginn der japanischen Reaktorkatastrophe – die ja immer noch anhält – in angesehenen Zeitungen reihenweise der geltende Fahrplan für einen Ausstieg bis 2022 angezweifelt wird, das hat selbst mich schockiert.

Da wird getrickst und getäuscht wie zu den schlimmsten Zeiten der Atom-Propaganda. Vor allem die Angst vor steigenden Strompreisen wird ausgenutzt. Die Kosten der Energiewende werden maßlos übertrieben. Und wenn wir

nicht aufpassen, dann finden sich alle KritikerInnen des Weiterbetriebs der AKW bis 2022 in der Rolle wieder, diesen Zeitplan noch verteidigen zu müssen. Dabei ist es völlig klar, dass die Energiewende schneller möglich ist und vor allem auch angesichts der Gefahren schneller nötig ist.

Japan hat es innerhalb von 14 Monaten geschafft, alle seine 54 Reaktoren runterzufahren. Zwar werden nun einzelne AKW wieder ans Netz genommen, weil auch dort die Atomlobby keine Ruhe gibt. Doch trotzdem zeigt diese Entwicklung, wie schnell ein Ausstieg möglich ist, wenn man es wirklich ernst meint.

Im Frühjahr 2011 sind in Deutschland so viele Menschen wie niemals zuvor gegen Atomkraft auf die Straße gegangen. Diese Proteste haben viel erreicht: Acht AKW wurden stillgelegt und für die anderen neun wurden immerhin die Merkelschen Laufzeitverlängerungen weitgehend zurückgenommen. Doch was passieren kann, wenn eine Bewegung sich auf ihren Zwischenerfolgen ausruht, hat gerade die Anti-AKW-Bewegung in Deutschland bereits vor zehn Jahren bitter erfahren müssen. Weil

damals sogar die Kraftwerksbetreiber dem rot-grünen Atomkonsens zugestimmt hatten, waren viele Aktive überzeugt, dass weiterer Protest nicht mehr Not tut – und überließen damit den politischen Raum den Laufzeitverlängerungsstrategen in den Konzernzentralen.

Fehler können passieren, aber wir können daraus lernen. Bewegungen sollten Teilerfolge feiern, aber sich nicht auf ihnen ausruhen. Dazu sind die ökonomischen Interessen auf der anderen Seite zu groß. Und die Risiken zu gigantisch...

Termine

Antragsschluss für Förderung

4. September Bewegungsstiftung und Sonderrunde Stiftung bridge

Fachseminar der geförderten Projekte

23.-25. November in Höchst (bei Darmstadt)

Wir sagen: Danke!

Jörg Rohwedder verlässt nach zehn Jahren die Stiftung – Felix Kolb zu seinem Abschied



Zehn Jahre Stiftungsaufbau: Jörg Rohwedder (rechts) hat sie als geschäftsführender Vorstand entscheidend mitgeprägt. Bei der Jubiläumsfeier im März in Berlin gab es dafür bereits anerkennende Worte – unter anderem von Felix Kolb (links im Bild). Foto: Kai Horstmann

Zum September beendet Jörg Rohwedder seine über zehnjährige Tätigkeit als geschäftsführender Vorstand der Bewegungsstiftung, um als Vorstand bei Greenpeace Energy zu arbeiten. Er hat die Stiftung mit aufgebaut, weshalb es nicht übertrieben ist zu sagen: Niemand hat so viel Zeit, Energie und Gedanken in die Stiftung gesteckt wie Jörg.

Selbstverständlich ist der Erfolg jeder Organisation – das gilt insbesondere für eine Gemeinschaftsstiftung – immer auch eine kollektive Leistung. Trotzdem bin ich davon überzeugt, dass er einen entscheidenden Anteil am bishe-

rigen Erfolg der Bewegungsstiftung hat. Nicht zuletzt, weil Jörg in seiner Person vereint hat, was auch die Bewegungsstiftung zusammenbringt: Geld und Protest.

Als gelernter Sparkassenfachwirt hat er die Richtlinien zur ethischen Geldanlage mit erarbeitet, als erfahrener Aktivist entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Förderstrategie gehabt. Auch bei der Auswahl und Begleitung der frühen Förderprojekte hat Jörg mitgewirkt. Denn in den Anfängen standen ihm weder Projektbegleiter noch Vermögensverwalterin zur Seite.

Eine bunte, lebendige und wachsende Gemeinschaftsstiftung zusammen und auf Kurs zu halten, ist sicher die herausforderndste Aufgabe gewesen. Diese bei den unzähligen Gremien und Zusammenhängen, StifterInnen und AktivistInnen und einer wachsenden Geschäftsstelle zu bewältigen, ist eine große Leistung.

Lieber Jörg, vielen herzlichen Dank für Deinen unermüdlichen Einsatz für die Bewegungsstiftung! Sie hat Dir viel zu verdanken!

Felix Kolb, Mitglied im Stiftungsrat und Gründungstifter

Matthias Fiedler übernimmt

Neuer Geschäftsführer sieht vielfältige Herausforderungen – und freut sich auf die Aufgabe



Matthias Fiedler.

Foto: pv

Ab September hat die Bewegungsstiftung ein neues Gesicht: Matthias Fiedler übernimmt dann die Aufgabe des geschäftsführenden Vorstands.

Der gebürtige Schwabe hat in den vergangenen elf Jahren in Irland gelebt und gearbeitet, zuletzt als Direktor des Irischen Dachverbands für Globales Lernen (IDEA), in dem 85 Organisationen vertreten sind. Ziel des Bündnisses aus Nichtregierungsorganisationen, Kampagnengruppen, Grassroot-Bewegungen und AktivistInnen ist die gemeinsame Bildungs- und Kampagnenarbeit, um durch Solidaritätsarbeit mit Ländern des Südens und gleichzeitiger Bewusstseinsbildung im Norden nachhaltige globale Veränderungen zu erreichen. Der Schritt zur Bewegungsstiftung fällt dem 44-jährigen, promovierten Germanisten entsprechend leicht:

„Überzeugt hat mich, dass die Stiftung sozialen Wandel nicht nur fördert, sondern in ihren Strukturen und Prozessen auch lebt.“ Die großen gesellschaftlichen Herausforderungen der nächsten Jahre sieht er im Klimawandel (mit besonderem Augenmerk auf Klimagerechtigkeit und Nachhaltigkeit), in der wachsenden sozialen und globalen Ungleichheit und den notwendigen sozialen Veränderungen angesichts der Krise des derzeitigen Systems. „Die Bewegungsstiftung sucht nach Antworten für all diese Herausforderungen und ich finde es gut, dass sie sich diese Suche nicht leicht macht. Ich freue mich auf die Arbeit und die Begegnungen mit den Menschen in der Stiftung und in den Projekten.“

Herzlich willkommen!

Offen für alle Seiten und kompromissbereit

Die Gremien der Bewegungstiftung im Kurzporträt – Teil 1: der Stiftungsrat



Das sind die fünf Mitglieder des Stiftungsrats der Bewegungstiftung (von links): Jutta Sundermann, Gisela Notz, Ulrike Baureithel, Felix Kolb und Hermann Daß.

Foto: Kai Horstmann

Die Gremienarbeit ermöglicht vielen, an Entscheidungsprozessen innerhalb der Stiftung teilzuhaben – von der Förderung bis zur Geldanlage. Welche Gremien es gibt und was sie tun, wollen wir an dieser Stelle in loser Folge vorstellen. Den Anfang macht der Stiftungsrat.

Der fünfköpfige Stiftungsrat ist das zentrale Entscheidungsorgan der Stiftung. Er wählt zwei Mal im Jahr die zu fördernden Kampagnen und Organisationen aus, ernennt den Vorstand und entscheidet über die Anlage des Stiftungskapitals. Dabei kann der Rat auf die Vorkarbeit von Arbeitsgruppen wie der AG Antragsbewertung, dem Beirat der StifterInnen und dem Anlageausschuss vertrauen, die bereits eine Vorauswahl diskutiert und getroffen haben.

Im Stiftungsrat sitzen je ein/e gewählte/r VertreterIn der StifterInnen und der geförderten Projekte sowie drei berufene ExpertInnen aus Wissenschaft, Publizistik und sozialen Bewegungen. „Die Idee war, Demokratie mit Bewahrung zu kombinieren“, erläutert Geschäftsführer Jörg Rohwedder die Beweggründe, die vor gut zehn Jahren zu dieser Zusammensetzung führten. „Die berufenen

Mitglieder des Stiftungsrats sorgen dafür, dass Stiftungszweck und -ziele gewahrt bleiben. Und wichtig war uns: Empfänger und Geber sollen gleichberechtigt an einem Tisch sitzen.“

Der Interessenausgleich ist essenziell

Die Inspiration kam vom US-amerikanischen „Haymarket People's Fund“, der Graswurzelbewegungen fördert; aber es gibt einen Unterschied in der Entscheidungsstruktur: „Dort entscheiden nur die AktivistInnen. Wir fanden den Ausgleich zwischen StifterInnen und geförderten Projekten spannender.“ Das Modell hat sich bewährt: „Die vornehmste Aufgabe des Stiftungsrates ist, Interessen auszugleichen“, so der scheidende Geschäftsführer. „Dazu gehört, offen für alle Seiten und kompromissbereit zu sein.“

Zu den berufenen Mitgliedern zählen derzeit die Berliner Journalistin und Mitbegründerin der Wochenzeitung „Der Freitag“ Ulrike Baureithel, der heutige Campact-Geschäftsführer und Politologe Felix Kolb – und mit Gisela Notz eine Stiftungsrätin, die von Beginn an dabei ist. Als Jörg Rohwedder sie vor über einem Jahrzehnt ansprach, hatte die Sozialwissenschaftlerin (Frauenbewegung, Alternative Ökonomien) eigentlich genügend Ehrenämter – und stieg dann doch ein, als sie mehr über die Stiftung erfuhr. „Ich kenne kein Projekt, in dem die Stifterinnen und Stifter so dabei sind – und kein Entscheidungsgremium, in dem die geförderten Projekte eine Stimme haben, die auch ernst genommen wird“, sagt Gisela Notz.

Pari pari: StifterInnen und geförderte Projekte

Diese Stimme der Projekte ist seit 2008 Jutta Sundermann. Die in vielen Initiativen aktive Bewegungsarbeiterin sagt: „Es ist wichtig, dass es eine Parität zwischen StifterInnen und Projekten gibt. Das ist bei den meisten anderen fördernden Stiftungen nicht der Fall. Die Bewegungstiftung ist eine wertvolle Plattform

des Austausches – und der echten Mitsprache.“ In den ersten Jahren wurde die Form der Beteiligung auch mit Skepsis beäugt: Dass Geförderte über die Vergabe der Gelder mitentscheiden, roch nach Vorteilsnahme. „Das ist ein Vorwurf, den wir immer wieder mal gehört haben, in der Praxis hatten wir das Problem aber nicht“, schildert Jörg Rohwedder die Erfahrungen. „Durch hohe Transparenz sind wir wenig anfällig für Mauschelei.“ Insbesondere aus dem Kreis der StifterInnen kam vielmehr die Rückmeldung: Gut, dass die Projekte und ihre Perspektiven einbezogen sind. Die stehen eher vor einem Zeitproblem, so Jutta Sundermann: „Das Interesse mitzugestalten ist da, aber natürlich liegt die Hauptaufgabe in der Arbeit der Projekte selbst, da bleibt oft kaum noch Energie für Stiftungsdinge.“

Den Informationsfluss innerhalb der Stiftung befördern

Hermann Daß vertritt seit 2011 die StifterInnen im Rat. Der Kasseler war bereits jahrelang im Beirat der StifterInnen, im Anlageausschuss und auch in der Projektbegleitung aktiv, als er gefragt wurde, ob er sich nicht zur Wahl stellen wolle. Nach einer ausgiebigen Wanderung rund um den Edersee und intensiver Diskussion mit seiner Frau stand sein Entschluss: „Wenn ich schon so viel Engagement hineinstecke, dann kann ich das auch mit verantworten.“

Den Informationsfluss mit dem Kreis der StifterInnen zu befördern, ist sein explizites Anliegen. „Beim Beirat der StifterInnen und bei der Strategiewerkstatt nehme ich mir ausgiebig Zeit, aus dem Stiftungsrat zu berichten. Zum einen inhaltlich über Entscheidungen, aber auch darüber, wie sie sich entwickelt haben.“ Insbesondere, wenn der Rat einer Empfehlung eines „vorgelagerten“ Gremiums nicht eins zu eins folgt. Welche Gründe dazu geführt haben gelte es darzulegen, sagt Hermann Daß.

Entscheidungswege oder: Konsens ist das Ziel

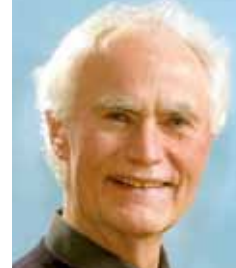
Wenn der Stiftungsrat zu seinen Treffen zusammenkommt – vier Mal im Jahr ist das der Fall, zusätzlich gibt es Telefonkonferenzen –, dann wird bei der Entscheidungsfindung das Konsensprinzip angestrebt. „Seit ich dabei bin, hat es noch keinen Entschluss gegeben, mit dem ein Ratsmitglied überhaupt nicht leben können“, sagt das Stiftungsratsmitglied. „Wer Bedenken hat, überlegt zweimal: Muss ich das wirklich aufhalten?“

Ist kein Konsens in einer Frage zu erreichen, wird die Entscheidung per Mehrheitsvotum erreicht. Es gilt: die qualifizierte Mehrheit (80 Prozent der Stimmen). „Dann stimmen wir auch mal ab“, sagt Gisela Notz. „Bis jetzt haben wir das immer gut hingekriegt.“

In der Herbstaugabe stellen wir vor: den Beirat der StifterInnen

Unser Rundbrief „bs aktuell“ erscheint drei Mal im Jahr. Zusätzlich halten wir StifterInnen, geförderte Projekte und andere Interessierte mit unserem E-Mail-Newsletter auf dem Laufenden. Wenn Sie noch nicht im Verteiler sind, aber Aktuelles aus den Projekten, der Stiftung und der Bewegungsarbeit erfahren möchten, schicken Sie uns eine Mail an: info@bewegungsstiftung.de

In Gedenken an



Rolf Millies
† 9. Mai 2012

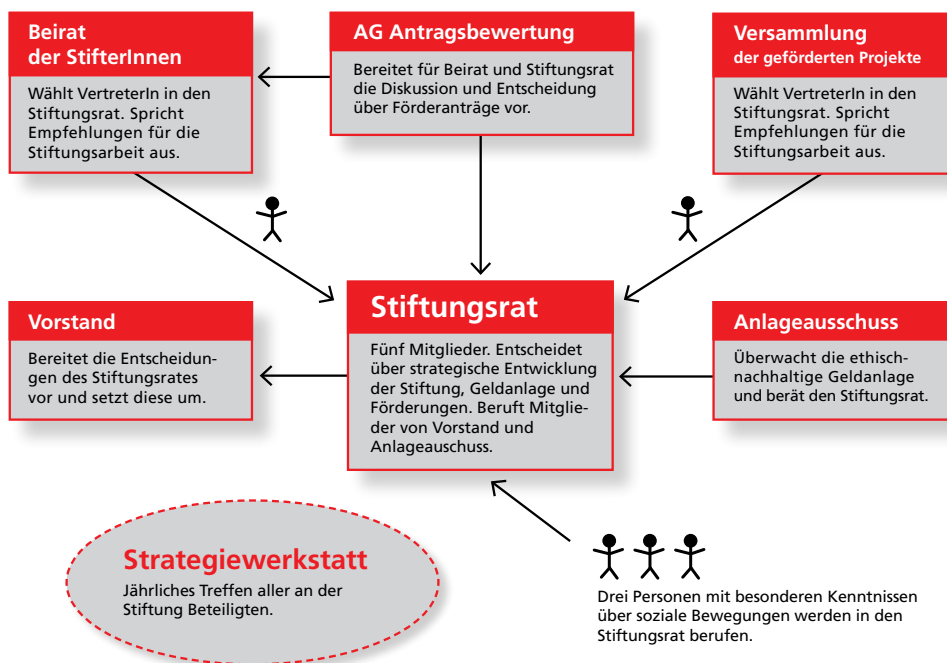
Rolf war Stifter der ersten Stunde: Im Sommer 2001 nahm er an dem Seminar „Mit Geld die Welt verändern“ teil, in dem auch über unsere Stiftungsidee debattiert wurde. Im Herbst desselben Jahres saß er dann gemeinsam mit Susann Haltermann und mir über dem Satzungsentwurf; seine Anregungen flossen mit in die Gründungssatzung ein. Ein halbes Jahr später zählte Rolf zu jenen neun Personen, die die Stiftung in Berlin ins Leben riefen.

Zusammen mit Susann und Hündin Maggie war Rolf steter Begleiter vieler Stiftungsveranstaltungen. Von 2005 bis 2010 agierte er auch als Kassenprüfer und brachte viel von seinem Wissen ein. Gemeinsam haben wir die Buchhaltung der Stiftung transparenter und in sich stimmiger gemacht.

Rolf hat die Stiftung stets kritisch und solidarisch begleitet. Kritik hat er zwar leise, aber doch deutlich eingebracht. Die solidarische Unterstützung war uns trotz dieser Kritik immer gewiss! Auch wenn nicht jede Förderentscheidung die seine war: Es sei doch immer mindestens ein Projekt dabei, das er von Herzen unterstützen könne, sagte er einmal. Wir verlieren mit Rolf einen langjährigen Wegbegleiter und guten Freund, der in seiner höflichen, sorgsam und zugewandten Art unser Wirken bereichert hat.

Jörg Rohwedder

Die Gremien der Stiftung im Überblick



Unsere neuen Förderprojekte

Zweimal im Jahr bewilligt die Bewegungsstiftung Anträge von Protestkampagnen, Organisationen und Initiativen, die mit ihren Aktionen – ob auf der Straße oder im Internet – gesellschaftliche Veränderungen vorantreiben. Dies sind die neuen Förderkampagnen.



Foto: Connection e.V.



Foto: Reden International



Foto: Adopt a Revolution

Für Kriegsdienstverweigerung in der Türkei

Die Kampagne „Kriegsdienstverweigerung in der Türkei“ setzt sich für die Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung als Menschenrecht ein. Türkische Verweigerer müssen bislang mit Verfolgung und Inhaftierung rechnen. Nachdem der Europarat auf eine gesetzliche Regelung drängt und türkische Gerichte erstmals Urteilen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte folgen, muss die Regierung Stellung beziehen.

Die Kampagne – vorangetrieben von aktiven Gruppen in der Türkei, einem internationalen Bündnis und dem Verein Connection e.V. – will mit öffentlichen Protestaktionen und internationaler Lobbyarbeit die politisch-rechtliche Situation für den Wandel nutzen.

Zuschuss: 12.000 Euro
www.connection-ev.de

Aufenthaltsrecht für Opfer von Zwangsprostitution: jetzt!

Ziel der Kampagne ist eine Gesetzesänderung, die Opfern von Frauenhandel und Zwangsprostitution ein unbefristetes Aufenthaltsrecht in Deutschland einräumt. Derzeit werden Betroffene aus Drittstaaten, die der sexuellen Ausbeutung entkommen können, als illegal eingereiste Ausländerinnen eingestuft und in vielen Fällen abgeschoben. Einen befristeten Aufenthaltsstatus erreicht nur, wer gegen die Peiniger aussagt. Eine psychosoziale Betreuung sieht das deutsche Recht nicht vor.

Die Kampagne von Terre des Femmes will mit breiter Öffentlichkeitsarbeit, Unterschriftensammlung und Aktionstheater in 22 Städten das Thema in die Öffentlichkeit bringen und Druck auf die politischen Akteure aufbauen.

Zuschuss: 15.000 Euro
www.frauenrechte.de

Adopt a Revolution – den syrischen Frühling unterstützen

Die Kampagne „Adopt a Revolution – den syrischen Frühling unterstützen“ vermittelt Revolutionspatenschaften für die junge syrische Demokratiebewegung und will durch die Stärkung der zivilen Kräfte des Aufstands einer militärischen Eskalation entgegenwirken. 2011 hatte die Bewegungsstiftung die Kampagne bereits im Rahmen einer Eilförderung unterstützt. Die Situation hat sich in Syrien seither weiter verschärft.

1.700 Menschen sind inzwischen über „Adopt a Revolution“ eine Patenschaft eingegangen (Stand: Ende Juni), um die demokratischen Kräfte im Land zu stützen. Die Bewegungsstiftung unterstützt die Kampagne mit einer Anschlussförderung.

Zuschuss: 10.000 Euro sowie 5.000 Euro Ausfallbürgschaft
www.syrischer-fruehling.de



stiftung bridge

Bürgerrechte in der digitalen Gesellschaft

Immer mehr Textilhersteller setzen auf den Einsatz von RFID-Chips. Diese Praxis birgt aber eklatante Datenschutzprobleme: Die Chips, die eine eindeutige Seriennummer tragen, können nicht nur im Laden, sondern auch noch in acht Metern Entfernung von anderen Lesegeräten identifiziert werden. VerbraucherInnen werden so verfolgbar. Die Kampagne „Stop RFID“ will auf die Gefahren der unsichtbaren

Chips aufmerksam machen und Druck auf die Politik ausüben. Ziel ist eine gesetzliche Regelung, die Geschäfte dazu verpflichtet, RFID-Chips an der Kasse zu entfernen, um die Privatsphäre der VerbraucherInnen zu schützen.

Zuschuss: 8.000 Euro
www.foebud.org/rfid

„Es geht um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit“



Das Ziel der Kampagne „Berliner Energietisch“ ist eine demokratische, ökologische und soziale Energieversorgung in der Hauptstadt.

Foto: Energietisch

Der „Berliner Energietisch“ engagiert sich für eine Rekommunalisierung der Energieversorgung. Von März bis Juni hat die Förderkampagne 36.000 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt, jetzt muss der Berliner Senat Stellung beziehen. Stefan Taschner vom „Berliner Energietisch“ berichtet im Interview von der Kampagne.

Ihr habt innerhalb kurzer Zeit viele Unterstützer gewonnen. Wie waren die Reaktionen auf der Straße?

Stefan Taschner: „Durchweg sehr positiv. Die Leute denken wie wir, dass die wichtige Aufgabe der Energieversorgung nicht in privater, sondern öffentlicher Hand liegen muss. Stromnetze dürfen nicht dem Interesse der Gewinnmaximierung unterliegen, der Gemeinwohl-Aspekt muss im Vordergrund stehen. Und Vattenfall ist für uns kein Partner für die Energiewende.“

2014 laufen die Konzessionen für die Berliner Stromnetze mit Vattenfall aus. Euer Ziel ist auch die Gründung von eigenständigen Berliner Stadtwerken. Warum?

Stefan: „Die Stromversorgung fußt auf zwei Säulen: Einmal den Stromnetzen und dann

der Stromerzeugung mit dem Verkauf. Bei der Stromerzeugung gibt es viel mehr Möglichkeiten, die Energiewende mitzugestalten und echten Ökostrom zu verkaufen. Auch soziale Aspekte können viel besser berücksichtigt werden und z.B. Sozialtarife eingeführt werden. Es geht also um Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit.“

Gibt es in anderen deutschen Städten ähnliche Initiativen, mit denen ihr vernetzt seid?

Stefan: „Es gibt mit „Unser Hamburg – Unser Netz“ eine Initiative, die noch vor uns entstanden ist und mit der wir in engem Kontakt sind. Die haben ihr Volksbegehren schon durch und werden als nächstes den Volksentscheid durchführen. Das heißt: In den beiden größten deutschen Städten könnte zur Bundestagswahl 2013 ein Volksentscheid über die Ener-

gieversorgung der Zukunft durchgeführt werden. Auch in Stuttgart besteht eine ähnliche Initiative und wir hoffen, dass sich besonders in NRW weitere Initiativen gründen werden, denn dort laufen 2014 einige Konzessionsverträge aus.“

Ist eure Hoffnung, auch bundesweit ein Signal zu setzen?

Stefan: „Auf alle Fälle! Wenn das in Berlin klappt, kann es überall funktionieren. Es gibt bereits viele schöne Beispiele in kleinen Kommunen, die dasselbe erreicht haben, aber nicht die nötige Aufmerksamkeit bekommen haben. Daher hoffen wir, dass Berlin jetzt einen Maßstab setzt.“

Die Bewegungsstiftung unterstützt euch mit einer Kampagnenförderung von 10.000 Euro. Inwieweit hat das geholfen?

Stefan: „Wir konnten eine Koordinationsstelle schaffen und die Kommunikation ausbauen: Internetseite, Plakate, Aktionsmittel und so weiter. Die Bewegungsstiftung hat großen Anteil an unserem Erfolg, zumal uns nicht nur mit Geld, sondern auch mit Beratung und Betreuung geholfen wurde. Der Blick von außen war sehr hilfreich.“

Anfang Juli wurden die Unterschriften dem Senat übergeben. Wie geht es weiter?

Stefan: „Die Politik wird sich jetzt mit dem Gesetzentwurf beschäftigen müssen. Der Senat kann den Entwurf eins zu eins übernehmen, mit uns in Kompromissverhandlungen treten – oder aber den Entwurf ablehnen, wovon wir ausgehen. In dem Fall geht es für uns in die zweite Stufe: Wir müssen dann zwischen Februar und Mai 2013 noch mal 170.000 Unterschriften sammeln und damit einen Volksentscheid erzwingen. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass das klappen wird.“

Interview: Martina Bieck

Impressum: Herausgeber Bewegungsstiftung, Artilleriestraße 6, 27283 Verden **MitarbeiterInnen dieser Ausgabe:** Martina Bieck, Felix Kolb, Jörg Rohwedder, Jochen Stay **Verantwortlich:** Astrid Labbert, presse@bewegungsstiftung.de **Kontakt:** Telefon 04231 - 957 540, Fax 04231 - 957 541, info@bewegungsstiftung.de, www.bewegungsstiftung.de **Bankverbindung:** Bewegungsstiftung, GLS Gemeinschaftsbank e.G., Konto 46 314 400, BLZ 430 609 67 **Layout:** Monika Bröse, Freiraum Kommunikation, www.freiraum-koeln.de **Druck:** Pachnicke, Göttingen, Gedruckt auf 100% Recyclingpapier